

Hansestadt Stendal, 09.11.2016

Niederschrift über die öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates

Tag der Sitzung: Montag, 11.07.2016

Ort: Rathausfestsaal, Markt 1, 39576 Hansestadt Stendal

Beginn: 18:03 Uhr

Sitzungsende: 20:35 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Weise, Thomas

Fraktion CDU/Landgemeinden

Böhme, Jörg Dr.

Eckhardt, Wolfgang

Güssau, Hardy Peter

Hofer, Dirk

Jacobs, Christina

Kammrad, Norbert

Kirchbach, Matthias

Richter-Mendau, Henning Dr.

Schreiber, Mäxchen

Twartz, Heinz-Jürgen

Fraktion SPD/FDP/Piraten/Ortsteile

Antusch, Rita

Faber, Marcus Dr.

Instenberg, Reiner

Lenkeit, Anette

Schirmer, Lars

Schlafke, Jürgen

Tüngler, Harriet

Weis, Reinhard

Wollenberg, Wilfried Dr.

Wollmann, Herbert Dr.

Fraktion DIE LINKE-Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Dahlke, Björn Eckhard

Glewwe, Jörg-Michael

Köpke, Birgit

Kunert, Katrin

Lindstedt, Norbert

Meinecke, Sven

Reinig, Ludwig

Röxe, Joachim
Schild, Enrico
Zimmermann, Helga

von der Verwaltung
Schmoltz, Klaus

Protokollführer/in
Kloth, Maria-Luise
Krüger, Philipp

Sachkundige Einwohner/innen
Hentschel, Michael
Tanne, Gunda

von der Verwaltung
Achilles, Axel
Hell, Rüdiger
Köhler, Kathrin
Mehlkopf, Torsten
Ortmann, Klaus
Pidun, Silke
Pietrzak, Beate
Richter, Diana
Schreiber, Marcus Geschäftsführer AltOa
Tüngler, Bärbel
Westrum, Georg-Wilhelm

Gäste
Schulz, Dorothee
Woitek, Ray

Entschuldigt fehlen:

Fraktion CDU/Landgemeinden
Güldenpfennig, Christel
Hahne, Guido
Schober, Marcus

Fraktion SPD/FDP/Piraten/Ortsteile
Lincke, Olaf
Ludwig, Peter
Radtke, Carola

Fraktion DIE LINKE-Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Hauke, Bernd
Seidel, Gesine

fraktionslos
Büttner, Matthias



Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------|---|-------------------|
| 1 | Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Einwohnerfragestunde | |
| 3 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 4 | Informationen des Stadtratsvorstandes | |
| 5 | Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung | |
| 6 | Informationen des Oberbürgermeisters | |
| 7 | Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift | |
| 8 | Antrag Fraktion Die Linke-Bündnis 90/Die Grünen - Änderung Straßensondernutzungssatzung | A VI/024/1 |
| 9 | Antrag Fraktion SPD/FDP/Piraten/Orteile - Sanierung Grundschulen | A VI/026 |
| 10 | Antrag Fraktion SPD/FDP/Piraten/Ortsteile und Die Linke-Bündnis 90/Die Grünen - Grundschule Nord | A VI/027 |
| 11 | Antrag Fraktion Die Linke-Bündnis 90/Die Grünen - Hortbetreuung Förderschulkinder | A VI/028 |
| 12 | Antrag Fraktion SPD/FDP/Piraten/Ortsteile - Ermittlungsakte | A VI/029 |
| 13 | Antrag Fraktion CDU/Landgemeinden - Objektzuschuss zur Sportstättenbewirtschaftung an Sportvereine | A VI/030 |
| 14 | Friedhofssatzung | |
| 14.1 | Friedhofssatzung der Hansestadt Stendal - Alternativvorschlag zur Vorlage VI/430 | VI/475 |
| 14.2 | Friedhofssatzung der Hansestadt Stendal | VI/430 |
| 14.3 | Friedhofsgebührensatzung der Hansestadt Stendal - Alternativvorschlag zur Vorlage VI/431 | VI/476 |
| 14.4 | Friedhofsgebührensatzung der Hansestadt Stendal | VI/431 |
| 15 | Annahme und Verwendung einer Flagge der Hansestadt Stendal im hoheitlichen Gebrauch | VI/421 |
| 16 | Beschluss zur Teileinziehung Teilstück Breite Straße/Sperlingsberg (Einrichtung Fußgängerzone) | VI/429 |
| 17 | Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 14/97 "Clausewitzstraße" gemäß § 13 Baugesetzbuch; hier: Aufstellungsbeschluss | VI/439 |
| 18 | Bebauungsplan Nr. 11/91 "Uppstall" - 4. Änderung - Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) | VI/464 |
| 19 | Haushaltskonsolidierungskonzept der Hansestadt Stendal | VI/465 |
| 20 | Bestätigung des Ortsbürgermeisters für die Ortschaft Vinzelberg | VI/463 |
| 21 | Anfragen/Anregungen | |

Nicht öffentlicher Teil

- | | | |
|----|---|-----------------|
| 22 | Informationen des Stadtratsvorstandes | |
| 23 | Informationen des Oberbürgermeisters | |
| 24 | Genehmigung des nicht öffentlichen Teils der Niederschrift | |
| 25 | Antrag der Fraktion SPD/FDP/Piraten und Ortsteile | A VI/025 |
| 26 | Jahresabschluss 2015 der Altmark Oase Sport- und Freizeitbad GmbH | VI/462 |
| 27 | Beschluss über die 1. Änderung des Maßnahme-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplans des Fördermittelprogramms "Stadtumbau Ost", Programmbereich Aufwertung, Stendal-Stadtsee, | VI/438 |



	Programmjahr 2016	
28	Grundstückstausch von Grundstücken in Stendal-Süd mit Grundstücken in Stendal-Stadtsee	VI/461
29	Anfragen/Anregungen	



Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
Herr Stadtratsvorsitzender Weise eröffnet die heutige Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

zu TOP 2 Einwohnerfragestunde
Herr Ray Woitek möchte von der Verwaltung wissen, wann eine verbindliche Aufstellung (Soll/Ist) der Kinderzahlen an den Grundschulen und Horten in Stendal zur Verfügung gestellt wird, damit die jeweiligen Elternschaften oder der Kreiselternerat vernünftig damit arbeiten können. Ebenfalls möchte er wissen, wie ein eventuelles Sanierungskonzept der Hansestadt Stendal aussieht bezüglich aller Grundschulen. Außerdem wünscht er sich in Zukunft ein bürgernäheres Arbeiten, indem die Eltern bei gewissen Entscheidungen im Vorfeld schon mit einbezogen werden.

Frau Dorothee Schulz möchte als erstes wissen, warum sie als Elternteil, da das akute Platzproblem seitens der Schule mit Schreiben vom 09.04.2016 angezeigt wurde, in sämtlichen Belangen bezüglich der Hortproblematik nicht einbezogen wurde. Es hätte seitens der Stadt ihr Gehör gewährt werden müssen, anstatt aus der Tagespresse Kenntnis über die Entscheidungen der Verwaltung zu erhalten.

Weiter möchte sie wissen, wie es sein kann, dass am Vormittag, also in der Unterrichtszeit alle Kinder in die Schulräume passen, jedoch Nachmittags zu Hortzeiten nicht, obwohl nach ihrem Kenntnisstand im Erdgeschoss Möglichkeiten zur übergangsweisen Doppelnutzung vorhanden sind und ob sich die Verwaltung eine Doppelnutzung übergangsweise vorstellen kann. Beispiel dafür wären der Religionsraum und die Bibliothek.

Außerdem möchte sie wissen, welcher Zeitplan im Moment avisiert wird zur Fertigstellung der Containermodule und wann diese definitiv nutzbar sind.

Weitere Fragen im Namen einer anderen Bürgerin leitet Sie schriftlich an den Stadtrat weiter.

Herr Sven Roske richtet seine erste Frage an Herrn Stadtrat Instenberg. Er habe sicherlich davon Kenntnis genommen, dass gegen ihn zwei Strafanzeigen vorliegen und möchte von ihm wissen, ob er unter diesen Umständen weiter Stadtrat bleiben wird oder ob dieser sein Amt niederlegen wird.

Herr Stadtrat Instenberg antwortet daraufhin, dass er die Anzeigen gegen ihn nicht ernst nehme, erwarte aber trotzdem von der Polizei oder Staatsanwaltschaft, dass diese ihrer Pflicht nachkommen und ihn zu einem Gespräch einladen werden.

Des Weiteren bedankt sich Herr Roske bei der Verwaltung (speziell dem Veranstaltungsmanagement) für das Rolandfest. Er möchte im Namen der Band „Nobody Knows“ wissen, ob diese in Zukunft auf dem Marktplatz auftreten könnten und nicht wie sonst auf dem Sperlingsberg.

Die nächste Frage stellt er an den Oberbürgermeister Klaus Schmotz. Er möchte von Ihm wissen, wie er mit der Kritik an seiner Person umgeht, bezüglich der Wahlfälschung.

Herr Oberbürgermeister Schmotz beantwortet dies in dem er kurz seine Entscheidung keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen aus den Fehlern der Ver-



waltung zu ziehen erörtert und erklärt, dass er aufgrund der Stellung des Stadtwahlleiters in diesem Falle nicht zuständig sei. Die Wahlfälschung an sich, entziehe sich ebenfalls seiner Entscheidungsbefugnis. Des Weiteren ist er den Umgang mit Kritik an seiner Person durchaus gewöhnt und weiß diese einzuschätzen.

In seiner nächsten Frage möchte Herr Roske wissen, ob es eine Ausschreibung zum weiteren Betrieb des Imbissstandes im Tierpark geben wird und ob der aktuelle Pächter mit in die Ausschreibung einbezogen wird.

Herr Oberbürgermeister Schmotz beantwortet dies, indem er eine Ausschreibung der weiteren Betreuung zusagt.

Außerdem möchte er wissen, ob es möglich ist dem Restaurant „Deja Vu“ eine Ausnahmegenehmigung zu erteilen. Herr Nietzsche, Inhaber des Restaurants möchte den Sperlingsberg beleben in dem er seine gastronomische Betreuung etwas nach vorne setzen möchte Richtung Sperlingsberg.

Herr Oberbürgermeister Schmotz wird dies durch die Verwaltung prüfen lassen.

Eine weitere Frage stellt Herr Roske im Namen der Markttreibenden. Diese wünschen sich bei Belangen des Wochenmarktes in den Ausschüssen oder Stadtrat mit berücksichtigt zu werden. Hier wäre es wünschenswert die Leiterin des Marktes mit einzuladen und anzuhören.

Herr Oberbürgermeister Schmotz spricht sich für eine Beteiligung der Markttreibenden aus.

zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Stadtratsvorsitzender Weise fragt an, ob Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung gewünscht werden.

Da keine Ergänzungen gewünscht werden, wird die Tagesordnung in der vorliegenden Form genehmigt.

zu TOP 4 Informationen des Stadtratsvorstandes

Herr Stadtratsvorsitzender Weise überreicht Herrn Stadtrat Lindstedt nachträglich zu seinem siebzigsten Geburtstag einen Strauß Blumen und spricht ihm im Namen des Stadtrates Glückwünsche aus.

zu TOP 5 Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung

Es gab keine Beschlüsse im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung am 30.05.2016.

zu TOP 6 Informationen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Schmotz informiert über folgende Informationen im öffentlichen Teil der Sitzung:

- 6.1. Bericht der Gremiensitzung „Hans und Eugenia Jütting-Stiftung“
Der Jahresbericht liegt im Stadtratsbüro zur Einsicht aus.
- 6.2. Bericht über die Dienstreise des Oberbürgermeisters nach PULAWY
- 6.3. Information zum Breitbandausbau
- 6.4. Aktueller Stand des Spendenkontos für das Wasserspiel auf dem Marktplatz
- 6.5. folgende Beantwortungen von Anfragen aus der Sitzung vom 30.05.2016:
 - Stadtrat Röxe – Mängelliste und Auslastung der Grundschule Nord



- Stadträtin Güldenpfennig – Verkehrsberuhigende Maßnahmen in Straßenbaumaßnahmen im Karnipp mit einfließen lassen
 - Stadtrat Güssau – Falsch positionierte Fahrradständer und Errichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches am Sperlingsberg
 - Stadträtin Köpke – Straßensanierung Albrecht-Dürer-Straße 5-21
 - Stadtrat Lincke – a) Lärmschutzverordnung
 - b) Anfragen zur Durchführung Indian Spirit
 - c) Begleichung der Forderungen vom Indian Spirit 2015
- 6.6. Information Bahnhofstunnel
- 6.7. Information zur Bereitstellung einer Beschlusskontrolle in der Gremieninformation

zu TOP 7 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift**
Herr Stadtratsvorsitzender Weise bittet die Seiten 7 und 8 der Niederschrift auszutauschen.

Der öffentliche Teil der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 30.05.2016 wird ohne Einwendungen genehmigt.

zu TOP 8 **Antrag Fraktion Die Linke-Bündnis 90/Die Grünen - Änderung Straßensondernutzungssatzung**

A VI/024/1 **Herr Stadtrat Schlafke** stellt zu dem Antrag der Änderung der Straßensondernutzungssatzung einen Änderungsantrag. Da er gleiches Recht für alle verlangt, bittet er den Antrag dahingehend zu ändern, dass im § 2 Abs. 2 die dritte Aufzählung nun lautet:

„-Informationsstände der Parteien, Wählergruppen und Einzelbewerber im Zeitraum von 6 Wochen vor einer Wahl bis einschließlich zum Wahltag, wenn die Partei, Wählergruppe und Einzelbewerber an dieser Wahl teilnehmen.“

Herr Stadtrat Meinecke äußert seine Bedenken zur Höhe, in der die Plakate hängen. Seiner Meinung nach hängen die Plakate auf Augenhöhe der Fußgänger oder Radfahrer, welche demnach mit den Plakaten kollidieren könnten. Er sieht somit eine Gefährdung der Passanten durch die Wahlplakate. Er hätte dies eigentlich auch gern in der Straßensondernutzungssatzung geregelt gehabt, jedoch wurde dies im Vorfeld verworfen.

Herr Stadtratsvorsitzende Weise verliest nun den Änderungsantrag von Herrn Stadtrat Schlafke und stellt diesen zur Abstimmung.

Ja 29 Nein 2 Enthaltung 1 mehrheitlich beschlossen

Abstimmung für der Ortschaftsrat Insel:

Ja 27 Nein 2 Enthaltung 3 mehrheitlich beschlossen

Abstimmung für den Ortschaftsrat Staats:

Ja 27 Nein 2 Enthaltung 3 mehrheitlich beschlossen

Beschlussvorschlag:



Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt die als Anlage 1 beigefügte 1. Änderungssatzung zur Straßensondernutzungssatzung vom 11.09.2002 mit dem Änderungsantrag.

zu TOP 9
A VI/026

Ja 29 Nein 2 Enthaltung 1 mehrheitlich beschlossen

Antrag Fraktion SPD/FDP/Piraten/Orteile - Sanierung Grundschulen

Herr Stadtrat Instenberg entschuldigt sich bei den anwesenden Elternvertretern für die fehlende Einbindung der Elternvertreter in den Prozess der Sanierung der Grundschulen. Er möchte dies in Zukunft besser machen.

Außerdem weist dieser daraufhin, dass bei der Sanierung über das Start III-Programm keine Flüchtlingskinder in der Bevölkerungsprognose miteinberechnet werden. Jedoch wünscht er sich, dass mindestens 10-20 % der Flüchtlingskinder für einen besseren Demografie-Check mitaufgenommen werden und appelliert hierbei an die Landesregierung.

Frau Stadträtin Zimmermann berichtet von ihrem Besuch der GS Nord. Sie verlangt von der Verwaltung aktuelle Zahlen um die Situation an den Grundschulen richtig einschätzen zu können. Des Weiteren gibt sie auch die Betriebserlaubnis einiger Grundschulen zu bedenken und hofft auf eine Änderung des Schulentwicklungskonzeptes.

Frau Stadträtin Lenkeit freut sich, dass dieses Thema endlich in Angriff genommen wird, da ihr diese Probleme schon länger bekannt sind. Für sie ist das wichtigste Thema hierbei die Änderung der Einzugsgebiete der Schüler. Die Änderung sollte jedoch in Zusammenarbeit mit den Elternschaften, den verschiedenen Schulleitungen und dem Landesschulamt erarbeitet werden, damit alle Belange berücksichtigt werden können.

Herr Stadtrat Güssau möchte für sich in der Diskussion auch die Anfahrtszeiten der Schüler aus den Ortsteilen mitberücksichtigt haben, da diese teilweise sehr lang sind. Es müssen nicht immer alle Schüler aus dem Umland in die Hansestadt Stendal befördert werden. Demnach ist er auch für eine Änderung der Schuleinzugsgebiete in der Hansestadt Stendal, mit Einbeziehung der Schüler und Eltern aus den 18 Ortsteilen.

Außerdem spricht er sich auch für einen Neubau einer Schule aus, da dies gleichzeitig auch optimale Bedingungen zum Lernen für die Schüler bedeuten würde.

Beschlussvorschlag:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat eine Darstellung der Auslastung unserer Grundschulen mit Begründung, unter besonderer Berücksichtigung der GS Nord zu geben.
2. Vorstellungen der Verwaltung zur kurzfristigen Entlastung der GS Nord unter Berücksichtigung folgender Maßnahmen:
 - a) Die dritte Etage der Ganztagsgrundschule Goethestr. auszubauen
 - b) Die Schuleinzugsgebiete so zu ändern, dass eine Entlastung der Grundschule Stendal Nord möglich wird
 - c) Container- Modulbauweise bei Raumproblemen
3. Mittelfristig ist zu prüfen, ob die Grundschule Petrikirchhof für einen dauerhaften Betrieb zu sanieren ist oder ein Neubau in der Innenstadt notwendig wird.



4. Bei all diesen Maßnahmen ist sicher zu stellen, dass die Horteinrichtungen in den jeweiligen Grundschulen weiterhin die Betriebserlaubnisse erhalten und die Raumsituation ebenfalls verbessert wird. Auch hierzu wird der Oberbürgermeister beauftragt, die Vorstellung einer Mittel- und Langfristplanung der weiteren Schulentwicklung unter Einbeziehung der Horte dem Stadtrat vorzulegen.

Die Punkte 1 und 2 sind spätestens bis zur Stadtratssitzung am 11.07. vorzulegen.

Die Punkte 3 und 4 sind durch die Verwaltung im Fachausschuss am 13.09. zur Diskussion und Entscheidung vorzustellen.

zu TOP 10
A VI/027
Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0 einstimmig beschlossen
Antrag Fraktion SPD/FDP/Piraten/Ortsteile und Die Linke-Bündnis 90/Die Grünen - Grundschule Nord
Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister einen schriftlichen Bericht über alle Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Sanierung der Grundschule Nord im Haupt- und Personalausschuss und im Stadtrat im 3. Quartal 2016 vorzulegen.

Insbesondere sind vorhandene Gutachten, Überprüfungen von Ausschreibungsergebnissen und Bauausführungen und die korrekte Baubegleitung durch den beauftragten Planer zu bewerten.

Im Bericht sind Aussagen zu Gewährleistungsansprüchen bei ggf. vorliegenden Baumängeln zu treffen und es ist sicherzustellen, dass Gewährleistungsanspruchsfristen nicht ablaufen.

zu TOP 11
A VI/028
Ja 31 Nein 0 Enthaltung 1 einstimmig beschlossen
Antrag Fraktion Die Linke-Bündnis 90/Die Grünen - Hortbetreuung Förderschulkinder

Frau Stadträtin Kunert erinnert an den Fall Max Vinzelberg aus dem Jahr 2014. Der Junge, welche an dem Down-Syndrom leidet, hat nach dem Erreichen seines 14. Lebensjahres das Recht auf Hortbetreuung verloren und seine Mutter musste ihre Arbeit aufgeben, um ihn zu betreuen. Ihre Fraktion möchte die Eltern von benachteiligten Kindern nicht mit dieser Situation allein lassen und hofft auf ein Konzept der Verwaltung bis zum nächsten Stadtrat am 10.10.2016.

Frau Stadträtin Lenkeit stellt klar, dass die personelle Versorgung mit pädagogischen Mitarbeitern in der Helen-Keller-Schule gegeben ist, nach Rückfrage mit dem Landesschulamt. Außerdem hält sie fest, dass an Förderschulen die Ganztagsangebote ausschließlich schulischer Art sein dürfen und somit keine Freizeitangebote durchgeführt werden dürfen. An der Helen-Keller-Schule werden täglich 9 Zeitstunden mit lerntherapeutischem Hintergrund abgedeckt. Die Freizeitgestaltung müsste dann durch einen Hort erfolgen. Dieses ist ihrer Meinung nach klar zu trennen.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat ein Konzept der aktuellen und künftigen Hortbetreuung von Förderschulkindern vorzulegen. Dabei sind



konkret die Bedarfe und Inanspruchnahme bis 14 Jahren (Alter der Kinder) bzw. Bedarfe und Inanspruchnahme über 14 Jahre nach Schuljahren dar zu stellen.

zu TOP 12
A VI/029

Ja 31 Nein 0 Enthaltung 1 einstimmig beschlossen

Antrag Fraktion SPD/FDP/Piraten/Ortsteile - Ermittlungsakte

Herr Stadtrat Instenberg erläutert kurz die Gründe seiner Antragstellung. Da er aus den Zeitungen erfahren hat, dass die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft abgeschlossen sind, er jedoch keinen Kenntnisstand über die Ergebnisse hat, wurde durch den Anwalt seiner Fraktion Akteneinsicht beantragt. Diese wurde jedoch durch die Staatsanwaltschaft mangels fehlenden Interesses verwehrt und deshalb versucht er nun die Akteneinsicht für den Stadtrat zu beantragen.

Herr Oberbürgermeister Schmotz gibt an, dass das Rechtsamt der Hansestadt Stendal ebenfalls einen Antrag auf Akteneinsicht gestellt hat, um eventuelle Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Eine Antwort diesbezüglich steht aber noch aus.

Herr Stadtrat Röxe unterstützt den Antrag der Fraktion SPR/FDP/Piraten/Ortsteile, da er ebenfalls über das Schreiben der Staatsanwaltschaft entrüstet ist. Für ihn hat der Stadtrat das größte Interesse an der Aufklärung des Verfahrens, sonst hätte man keine Anzeige gegen Unbekannt erstatten müssen. Außerdem möchte er ebenfalls die Schadenersatzansprüche des Stadtrates geprüft haben.

Herr Stadtrat Güssau möchte die Öffentlichkeit nicht verunsichern und wird somit dem Antrag zustimmen, obwohl für ihn die Ermittlungsakte keine Angelegenheit der Kommune sei. Dafür wäre die Staatsanwaltschaft seines Erachtens zuständig.

Der Antrag stellt jedoch ein gemeinsames Zeichen des Stadtrates dar, zur gründlichen Aufklärung des Sachverhaltes, welches absolut zu befürworten ist.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Staatsanwaltschaft Stendal die Ermittlungsakte im Verfahren wegen Wahlmanipulation und Wahlfälschung (Geschäftsnummer 343 Js 14988/14) anzufordern und den Stadtrat vollumfänglich zur Verfügung zu stellen.

zu TOP 13
A VI/030

Ja 28 Nein 2 Enthaltung 2 mehrheitlich beschlossen

Antrag Fraktion CDU/Landgemeinden - Objektzuschuss zur Sportstättenbewirtschaftung an Sportvereine

Herr Stadtrat Meinecke stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Gem. § 10 Abs. 1 b Geschäftsordnung des Stadtrates der Hansestadt Stendal möchte er den Antrag der Fraktion CDU/Landgemeinden zurück in die zuständigen Ausschüsse verweisen, da ihm für eine vernünftige Entscheidung die entsprechenden Zahlen fehlen.

Herr Stadtrat Instenberg fügt dem Antrag hinzu, dass er eine Beschlussvorlage mit der neuen Berechnungsgrundlage des Objektkostenzuschusses im nächsten Stadtrat vorliegen haben möchte.

Herr Stadtrat Kirchbach hält diesen Antrag zur Geschäftsordnung für überflüssig, da die Ergebnisse seines Erachtens sowieso in den Ausschüssen be-



sprochen werden müssten.

Herr Stadtratsvorsitzender Weise beendet die Diskussion und verliest den Antrag zur Geschäftsordnung:

„Der Antrag der Fraktion CDU/Landgemeinden – Objektzuschuss zur Sportstättenbewirtschaftung an Sportvereine A VI/030 wird an den Kultur-, Schul- und Sportausschuss sowie den Finanzausschuss zurückverwiesen.“

Abstimmungsergebnis zum Antrag zur Geschäftsordnung

zu TOP 14 Ja 19 Nein 11 Enthaltung 2 zurück an Ausschuss
Friedhofssatzung

zu TOP 14.1 **Friedhofssatzung der Hansestadt Stendal - Alternativvorschlag zur Vorlage VI/430**
VI/475 **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die anliegende Friedhofssatzung der Hansestadt Stendal.

zu TOP 14.2 Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0 einstimmig beschlossen
Friedhofssatzung der Hansestadt Stendal

VI/430 zurückgestellt
zu TOP 14.3 **Friedhofsgebührensatzung der Hansestadt Stendal - Alternativvorschlag zur Vorlage VI/431**
VI/476 **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die anliegende Friedhofsgebührensatzung der Hansestadt Stendal und nimmt die Gebührenkalkulation zustimmend zur Kenntnis.

zu TOP 14.4 Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0 einstimmig beschlossen
Friedhofsgebührensatzung der Hansestadt Stendal

VI/431 zurückgestellt
zu TOP 15 **Annahme und Verwendung einer Flagge der Hansestadt Stendal im hoheitlichen Gebrauch**
VI/421 **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt das Führen einer Stadtflagge als kennzeichnendes Sinnbild der Hansestadt Stendal, gem. § 15 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA).

Flaggenbeschreibung :

Die Flagge ist rot-weiß (1:1) gestreift, (Querform: Streifen waagrecht verlaufend, Längsform: Streifen senkrecht verlaufend) und mittig mit dem Stadtwappen belegt, bei der Flagge in Längsform ist das Wappen in Richtung des Flaggenkopfes verschoben.

zu TOP 16 Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0 einstimmig beschlossen
Beschluss zur Teileinziehung Teilstück Breite Straße/Sperlingsberg (Einrichtung Fußgängerzone)

VI/429 **Herr Stadtrat Kirchbach** verliest den Wortlaut der Bürgerbefragung zum Parken auf dem Sperlingsberg und erörtert das Befragungsergebnis aus dem Jahr 2015.



Für ihn bremst diese Teileinziehung die demografische Verdichtung in der Innenstadt und sorgt bei den Unternehmen für Einbußen und Mehrkosten. Aber auch die Wohnungsmieter am Sperlingsberg bekommen dadurch Zusatzkosten und hätten einen höheren Aufwand. Ebenso die Kosten von 15.000,00 € sprechen für ihn gegen eine mögliche Teileinziehung.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage 1 und 2 näher dargestellte Teileinziehung (Einrichtung als Fußgängerzone) eines Teilstücks der Breiten Straße (Sperlingsberg) in der Gemarkung Stendal, Flur 23, Flurstück 148 (Länge ca. 68 m) nach § 8 des Straßengesetz für das Land Sachsen-Anhalt (StrG LSA).

zu TOP 17
VI/439
Ja 19 Nein 11 Enthaltung 2 mehrheitlich beschlossen
Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 14/97 "Clausewitzstraße" gemäß § 13 Baugesetzbuch; hier: Aufstellungsbeschluss
Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt, dass Aufhebungsverfahren zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 14/97 „Clausewitzstraße“ nach § 1 (3) und (8) Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten. Das Aufhebungsverfahren wird nach § 13 BauGB durchgeführt.

Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 1,6 ha, befindet sich in der Flur 2 der Gemarkung Stendal und wird begrenzt:

- Im Norden durch die südliche Begrenzung des Flurstückes 240,
- im Osten durch die östliche Begrenzung der Flurstücke 178 und 180
- im Süden durch die südliche Begrenzung der Flurstücke 180, 181, 88/5, 88/4, 88/2, 204 und 203
- und im Westen durch die westliche Begrenzung der Flurstücke 203 und 87/17.

zu TOP 18
VI/464
Ja 31 Nein 0 Enthaltung 1 einstimmig beschlossen
Bebauungsplan Nr. 11/91 "Uppstall" - 4. Änderung -
Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)
Herr Stadtrat Hofer ist gemäß § 33 KVG LSA befangen und wirkt weder beratend noch entscheidend bei der Beschlussfassung mit. Er nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal stimmt dem vorliegenden Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 11/91 „Uppstall“ nebst Entwurf der Begründung zu und beschließt die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB).

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die öffentliche Auslegung des Entwurfs der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 11/91 „Uppstall“ gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB durchgeführt.

Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1 einstimmig beschlossen



zu TOP 19 **Haushaltskonsolidierungskonzept der Hansestadt Stendal**
VI/465 **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt das vorliegende Haushaltskonsolidierungskonzept der Hansestadt Stendal.

zu TOP 20 **Bestätigung des Ortsbürgermeisters für die Ortschaft Vinzelberg**
VI/463 **Beschlussvorschlag:**

Ja 31 Nein 0 Enthaltung 1 einstimmig beschlossen

Der Stadtrat bestätigt die Wahl des Ortsbürgermeisters für die Ortschaft Vinzelberg der Hansestadt Stendal.

Als Ortsbürgermeister:

Herr Hans-Jürgen Köhn, Käthener Straße 14a, 39576 Hansestadt Stendal OT Vinzelberg

zu TOP 21 **Anfragen/Anregungen**
Ja 31 Nein 0 Enthaltung 1 einstimmig beschlossen

21.1. Frau Stadträtin Antusch leitet eine Anfrage eines Bürgers weiter, welcher am Wochenende auf dem Waldspielplatz mit seinen Enkelkindern verweilte. Dabei ist er auf eine Gruppe älterer rauchender Damen gestoßen, welche er auf ein Rauchverbot auf Spielplätzen hinweisen wollte. Dort fand er jedoch kein Hinweisschild, welches das Rauchen dort untersagen würde. Sie bittet deshalb um Prüfung einer eventuellen Aufstellung von Rauchverbotsschildern auf solchen Plätzen.

21.2. Frau Stadträtin Lenkeit äußert Bedenken zur Verträglichkeit einer Ganztagschule mit entsprechendem Hortbetrieb. Sollte eine Ganztagschule auch einen Hortbetrieb aufnehmen, würde das Kultusministerium die Zulassung entziehen und die Ganztagschule würde nicht mehr existieren.

21.3. Herr Stadtrat Schlafke möchte von der Verwaltung wissen, ob Pläne existieren, alle Ortsteile der Hansestadt Stendal mit schnellem Internet zu versorgen. Außerdem will er wissen, ob auch wirklich alle Ortsteile versorgt werden. Seine Bedenken äußert er aufgrund eines Artikels aus der Volksstimme.

21.4. Herr Stadtrat Instenberg verweist auf die schlechten Leistungsbilanzen des Landkreises Stendal. Da diese statistischen Erhebungen auf Zahlen des Landkreises beruhen, fällt es ihm als Stadtrat schwer dies nachzuvollziehen. Demnach fragt er nach einer Statistik in der Hansestadt Stendal mit Zahlen ab 2010, wie viele Gewerbeanmeldungen und Abmeldungen es gab. Außerdem will er wissen wie viele Jobs entstanden bzw. weggefallen sind. Dies begründet er damit, dass er die Bilanzen der Hansestadt Stendal mit der des Landkreises vergleichen kann.

21.5. Herr Stadtrat Schild bittet um Überprüfung des Umstandes, dass die Begleitung der Kinder an der Grundschule am Stadtsee zur Bushaltestelle an der Stadtseeallee nicht mehr gewährleistet sein soll. Wenn dem so ist, möchte er die Gründe wissen und warum wurde dies nicht in den Ausschüssen besprochen wurde.



21.6. Herr Stadtrat Kirchbach haben mehrere Anfragen zu einer fahrradfreundlicheren Innenstadt erreicht. Er bemängelt, dass die wenigstens Fahrräder nicht an den dafür vorgesehenen Sammelplätzen, sondern direkt vor den Geschäften willkürlich abgestellt werden. Demnach bittet er um Prüfung, ob im Verlauf der Fußgängerzone vereinzelt Fahrradständer nach dem Modell der Sammelplätze montierbar sind. So ließe sich etwas Ordnung schaffen und der Verschleiß der Einrichtungen reduzieren. Vielleicht könnte der versiegelte Brunnen abgebaut werden um mehr Platz zu schaffen. Eine andere Lösung seinerseits wäre eine Aufstellung von Fahrradboxen im Innenstadtbereich analog derer am Bahnhof.

21.7. Herr Stadtrat Glewwe hinterfragt beim Oberbürgermeister, ob es eine kluge Wahl gewesen ist, sich als Oberbürgermeister zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Kreissparkasse wählen zu lassen, da dort nun nur noch Mitglieder der CDU vertreten sind.

Herr Oberbürgermeister Schmotz sieht sich hier nicht in der Verantwortung dies zu beantworten, da er als Mitglied des Kreistages im Aufsichtsrat der Kreissparkasse sitzt und somit dieses Thema nichts mit dem Stadtrat der Hansestadt Stendal oder seiner Funktion als Oberbürgermeister zu tun habe.

Thomas Weise
Vorsitzende/r

Maria-Luise Kloth Philipp
Krüger
Protokoll

